

Innenpolitik/Grüne/Grünwald/Gesundheit/Verwaltung/Krankenhäuser

### Grünwald: Verwaltungsreform-Studie legt Finger in gesundheitspolitische Wunden

Utl.: Grüne kritisieren das Fehlen einer nachhaltigen Strategie

Wien (OTS) - "Seit Jahren bekannte Probleme im Gesundheitssektor blieben trotz laufender Reformdebatten ungelöst. Dass Rechnungshof, IHS und WIFO mit anderen ExpertInnen nun erneut und prioritär die stark föderale Struktur und die Zersplitterung von Kompetenzen, Aufgaben und Finanzierung als bedeutendsten kostentreibenden Faktor identifizieren ist ihnen hoch anzurechnen", lobt der Gesundheitssprecher der Grünen, Kurt Grünwald, die gestern vorgestellte Studie zur Verwaltungsreform.

"Besonderheiten der Länder, Vielfalt der Kassen und ein Hin- und Herschieben zwischen Gesundheit und Sozialem prägen den Alltag von PatientInnen. Gleiches Recht auf bundeseinheitliche Qualitätskriterien, gleiche Leistungen für gleiche Kassenbeiträge und einheitliche flächendeckende Versorgungsangebote fehlen seit Jahrzehnten. Mut zur wirklichen Veränderung ist dabei nicht zu erkennen", kritisiert Grünwald das Fehlen einer nachhaltigen Strategie. Kosmetische Korrekturen sind kein Heilmittel das empfohlen werden kann. Die Rollen von Bund und Ländern sind dringend zu hinterfragen und der Dschungel von Zuständigkeiten und Gesetzen kann Kranken und zu Pflegenden nicht mehr lange zugemutet werden, erläutert Grünwald.

"Wenn hunderte von Millionen in die defizitären Krankenanstalten der Länder geschaufelt werden müssen um ihre Zustimmung zu einer Gesundheitsreform zu bekommen, ist das nichts als eine legalisierte Art der Korruption im Gesundheitswesen. Geld für sinnhafte Reformprojekte wird von vielen der dafür geschaffenen Gesundheitsplattformen nur ungenügend genützt, von Koordination kann keine Rede sein. Vielfach sind diese Finanzmittel nur virtuell vorhanden, da sie wie der Rechnungshof seit langem kritisiert widerrechtlich zur Defizitverringerung der Krankenanstalten verwendet werden", warnt Grünwald. "Ich erwarte, dass auf Studien wie diese und die Kritik der Rechnungshofes endlich auch einmal reagiert wird. Die Verwaltungsreform verdient ihren Namen nicht, wenn jetzt wieder einmal alles beim Alten bleibt und jeder nur auf seine Eigeninteressen zu Lasten der PatientInnen und der Allgemeinheit achtet" schließt Grünwald.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0243 2010-06-10/13:35

101335 Jun 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

*Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an [info@ots.at](mailto:info@ots.at)*